

Wie lässt sich ökonomisches Wachstum auf demokratischem Wege begrenzen?

Thesen von Jochen zum Treffen des Attac-AK Grundlagen am 17.3.2015

Einleitung: Bei den letzten Treffen des AK Grundlagen wurde anhand von Referaten über die Wachstumsproblematik und über Wege der Wachstumsbegrenzung unter anderem auch darüber diskutiert, ob die notwendigen Schritte zur Reduzierung von klimaschädlichem CO₂ und des Verbrauchs nicht regenerierbarer Ressourcen (fossiler Energiequellen) durchsetzbar sind – unter Bedingungen einer Demokratie. Meine fünf Thesen dazu:

Erste These: Rein theoretisch ist es möglich, von quantitativem auf qualitatives Wachstum umzusteigen und damit den Klimawandel aufzuhalten und mit den nicht regenerierbaren Rohstoffen sparsam und verantwortlich umzugehen. Dazu wäre es notwendig, dass sich weltweit ein neuer Lebensstil durchsetzt: weg vom „Konsumdenken“, hin zu einem Leben, in dem immaterielle Werte wesentlich höher stehen als der Besitz materieller Güter (andere Status-Maßstäbe).

Zweite These: Weltweit betrachtet ist es äußerst unwahrscheinlich, dass die bisher sehr armen (industriell wenig entwickelten) Länder – ihre gewählten Regierungen - freiwillig darauf verzichten, dem Wohlstandsmodell des Westens nachzueifern. Ihr Motto: je mehr quantitatives Wachstum, desto besser (das gilt bei uns ja auch bisher noch). Es muss damit gerechnet werden, dass sie nicht Ruhe geben, bis sie mindestens den gleichen Lebensstandard (gemessen in BIP) erreicht haben wie die reichen Industrieländer.

Dritte These: Ein neuer, konsumkritischer Lebensstil (nach These 1) lässt sich nur in einem westlichen Land mit relativ hohem materiellem Wohlstand durchsetzen, das als Trendsetter, als Vorbild, als „Leuchtturm“ andere Länder zur Nachahmung anregt. In einer Demokratie muss ein neuer Lebensstil von den Repräsentanten der Bevölkerung gewollt werden.

Vierte These: In jeder Demokratie gibt es eine sog. Elite: die Meinungsbildung der Mehrheit prägende Gruppen, die untereinander debattieren und streiten - und letztlich entscheiden, wo es lang geht. Diese Gruppe ist sehr klein: die Wortführer der „gesellschaftlich einflussreichen Kräfte“ (Parteien, Gruppen der Zivilgesellschaft wie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Umweltverbände, Kirchen...). Die Bevölkerungsmehrheit interessiert sich kaum für Politik, sondern vor allem dafür, dass sie in materieller Sicherheit und in einer gesicherten Rechtsordnung leben kann. So lange diese beiden gesellschaftlichen Grundbedürfnisse nicht ernsthaft bedroht sind, vertraut sie (begleitet von ständigen Missfallensäußerungen) ihrer meinungsbildenden Elite, vergleichbar einer Schafsherde, die ihrem Hirten folgt.

Fünfte These: Die Problematik des ungebremsten Wachstums und der daraus entstehenden Nachteile muss der Elite in dem entwickelten Industrieland (z.B. in Deutschland) deutlich sein. Sie muss ernsthafte Probleme erkennen, die sie vermeiden will. Die erkannten Probleme müssen vermeidbar sein, ohne dass durch die Vermeidungsmaßnahmen noch größere Probleme heraufbeschworen werden (z.B. eine Wirtschaftskrise oder ein deutliches Zurückfallen im globalen Standortwettbewerb). Unter dieser Voraussetzung ist es der Elite möglich, die Bevölkerung dazu zu bringen, alle notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung des Wachstums zu akzeptieren und mitzutragen.

Folgerung: ATTAC als eine der meinungsbildenden Gruppen muss sich um überzeugende Argumente zur Begrenzung des Wachstums bemühen und diese Argumente in die öffentliche Debatte einführen - wie sie es zum Thema TTIP getan hat und immer noch tut.